

# Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.  
Redaktion: Am Spandhaus 6 — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung  
••••• der Freien Stadt Danzig •••••  
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Angebotspreis: Die 8-spaltige Zeile 1,50 Mk. von auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bel. Text, die 3-spaltige Reklameweile 6.— Mk. von auswärts 6.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postkontokonto Danzig 2948. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3990.

Nr. 168

Donnerstag, den 21. Juli 1921

12. Jahrgang

## England verlangt schleunigen Zusammentritt des Obersten Rates

### England gegen die französische Verschleppungstaktik in der obereschlesischen Frage.

London, 20. Juli. Der diplomatische Korrespondent des „Exchange Telegraph“ teilt mit: Der französische Botschafter sprach gestern nachmittag auf dem foreign office vor und wurde von Lord George empfangen, der ihm gegenüber erneut den dringenden Wunsch der britischen Regierung nach einem baldigen Zusammentritt des Obersten Rates zum Ausdruck brachte. Die Aussichten hierfür sind indessen nach wie vor nicht groß, und zwar nicht deshalb, weil die französische Regierung abgeneigt ist, die Orientfrage zu erörtern, sondern deshalb, weil Frankreich entschlossen ist, seine Sicherheit nicht durch eine vorzeitige Aufhebung der Zwangsmaßnahmen an Deutschland (!) zu gefährden. Ferner wird von französischer Seite betont, daß da Großbritannien und die Vereinigten Staaten bisher den Garantievertrag für Frankreich nicht ratifiziert haben, Frankreich auf eigene Hand Garantien gegen die Möglichkeit eines neuen deutschen Angriffs suchen müsse. — Die „Morningpost“ schreibt: Wir erfahren von maßgebender Seite, daß den britischen Abgeordneten keine derartigen Informationen über die Lage in Oberschlesien vorlagen, wie den französischen, und daß die französischen Informationen ihnen nicht mitgeteilt worden waren. Ebenso wenig sei die britische Regierung verständigt worden, daß die Franzosen einen Schritt in Berlin beabsichtigten. Die britischen Abgeordneten glauben, daß die deutsche Regierung ihre Versprechungen bezüglich Oberschlesiens loyal erfülle. Auf jeden Fall hätte sie eine Untersuchung angeordnet, um festzustellen, ob diese Annahme begründet sei. Eine neue Note sei nach Paris abgehandelt worden. Der Meinungsaustausch erfolge durch die üblichen diplomatischen Kanäle.

London, 20. Juli. Reuter erfährt, daß nach der Meinung der alliierten Kommissare jeder weitere Aufschub der Regelung in Oberschlesien eine sehr gefährliche Lage schaffen werde. Die Kommissare drängen auf eine baldige Entscheidung und regen eine sofortige Teilung zwischen Deutschen und Polen und sofortige Besetzung der beiden Gebiete durch polnische und deutsche reguläre Truppen an. Lord Curzon übt einen sehr scharfen Druck auf den französischen Botschafter aus. Es sei unmöglich, die gegenwärtige Verzögerung weiter fortzusetzen. Es werde nunmehr vorgeschlagen, daß die Zusammenkunft des Obersten Rates am oder vor dem 28. Juli in Boulogne stattfinden. Der gegenwärtige Augenblick sei günstig, da das Land vollkommen ruhig sei.

Paris, 20. Juli. (Havas.) Der britische Geschäftsträger hat heute nachmittag Briand die Antwort seiner Regierung auf die Note vom letzten Sonnabend, betreffend Oberschlesien überreicht. In der Antwort wird nachdrücklich auf die Notwendigkeit des Zusammentritts des Obersten Rates am 28. Juli in Boulogne-sur-Mer hingewiesen, ohne vorherige Prüfung des Teilungsproblems durch eine Sachverständigenkommission. Die Frage der Entsendung von Verstärkungen nach Oberschlesien soll der Entscheidung des Obersten Rates vorbehalten bleiben.

Paris, 21. Juli. Zur englischen Note in Sachen eines baldigen Zusammentritts des Obersten Rates schreibt der „Petit Parisien“: Falls Lord George durch die Ereignisse persönlich verhindert sein sollte, werde er sich durch Lord Curzon und Lord Balfour vertreten lassen. Da jedoch der letztere seine Ferien am 1. August antreten wolle, müsse eine Entscheidung innerhalb zweier Tage getroffen werden. Auch die Frage der Verstärkung soll geregelt werden. Die französische Note soll bereits gestern abend an den französischen Botschafter in London abgegangen sein. Die französische Regierung bestehe darauf, daß es eilig sei, den Effektivebestand der Truppen in Oberschlesien zu erhöhen. Ein gemeinsamer Schritt der drei Oberkommissare in Doppeln läge vor, durch den Verstärkungen verlangt werden. Frankreich nehme dieses Verlangen an und sei bereit, eine Division zu entsenden. Die französische Regierung verlangt, daß die Sachverständigen am kommenden Montag zusammentreten, und daß der Oberste Rat sich in Boulogne vereinige, sobald diese die erforderlichen Vorarbeiten geleistet hätten.

### Die deutsche Antwortnote an Frankreich.

Berlin, 21. Juli. Wie mehrere Morgenblätter hören, war die deutsche Antwortnote an Frankreich über Oberschlesien gestern Gegenstand der Beratungen im Reichskabinett. Die Note dürfte, wenn irgendmöglich, heute dem französischen Botschafter übergeben werden, so daß dann morgen ihre Veröffentlichung erfolgen könnte.

Blättermeldung aus Oberschlesien zufolge gehen die französischen Truppen in Ausführung der Verfügung der internationalen Kommission über die Heimkehr der Flüchtlinge in rigoroser Weise gegen die aus den unter polnischem Terror stehenden Landgemeinden in die Städte geflüchteten Deutschen vor. In Gleiwitz wurden ganze Straßenzüge abgesperrt und sämtliche Häuser durchsucht. 64 Personen, die noch nicht in ihre Dörfer zurückgekehrt waren, wurden verhaftet. Ein deutscher Flüchtling, der zwingen worden war, in seinen Heimatort im Kreise Rybnik zurückzukehren, wurde von den Polen erschlagen.

Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ aus Beuthen meldet, lehrten die anlässlich der Vorbereitungen beim Einzuge der Engländer festgenommenen Deutschen zum Teil gestern wieder aus der französischen Haft zurück. 28 Gefangene sind noch in Haft. Sie sind derartig durch Verwundungen und Mißhandlungen entsetzt, daß die Franzosen es nicht wagen, sie freizulassen.

### Moskaus Bruch mit der „Kommunistischen Arbeiterpartei“.

In der Moskauer Debatte über die Taktik der dritten Internationale wurde beschlossen, den Vertretern der R. U. P. D. eine nur halbständige Redezeit zu gewähren. Darauf verzichteten die Delegierten dieser überrevolutionären Partei aufs Wort und verließen entrüstet den Kongreß. Nunmehr erteilt die „Kommunistische Arbeiter-Zeitung“ den Moskauer Opportunisten und Sozialverrättern die folgende Quittung:

Was tat die Exekutive der dritten Internationale? Sie traf die Entscheidung, bevor die Frage der R. U. P. D. aufgerollt werden konnte vor den Delegierten aller Länder.

Sie stellte überraschend diese Frage an den Anfang des Kongresses. Sie billigte eine halbe Stunde Redezeit zu.

In einer halben Stunde sollte die Frage zweijähriger revolutionärer Kämpfe entschieden werden. Entschieden werden vor Hunderten von Delegierten, die wenig oder gar nicht um die Sache wußten.

Man wollte eben die Vergewaltigung der Revolution.

Unter der demagogischen Maske, die R. U. P. D. kann noch später zu allen Fragen sprechen, erbat und erhielt man von seinen oder unwillkürlichen Delegierten die Vornahme einer Entscheidung, die nur nach tiefgehender Begründung gefällt werden konnte.

Die Delegierten der R. U. P. D. haben die richtige Antwort gegeben.

Sie haben es abgelehnt, durch Beteiligung an einer Farce sich mitschuldig zu machen an einer Täuschung des internationalen Proletariats.

Dieser kommunistische Bruderkampf mutet an wie das reine Affentheater. Man darf nur gespannt sein, wann eine noch radikalere Sekte entstehen wird, die auch noch gegen die R. U. P. D. den Vorwurf der „Vergewaltigung der Revolution“ erheben wird, der bisher der Reihe nach die S. P. D., die U. S. P. D. und die dritte Internationale getroffen. Bei einer solchen Zersplitterung und Atomisierung der Arbeiterbewegung magt man doch noch zur revolutionären proletarischen Einheitsfront im Klassenkampf aufzurufen. Noch stärker wirken übrigens die oben geschilderten Vorgänge, wenn man die nachstehende Meldung liest:

Laut Meldung der „B. Z.“ am Mittag wird aus Kopal gemeldet, daß die Vertreter der deutschen kommunistischen Arbeiterpartei von der Kongreßtagung der dritten Internationale mit bewaffneter Macht entfernt, in die Bahn gesetzt und unter Bewachung abgehoben worden wären.

### Ein Viehdiebstahl-Denkmal.

Berlin, 21. Juli. In der von den Kommunisten beherrschten Stadt Suhl in Thüringen wurde nach dem „Berliner Lokalanzeiger“ im Stadtpark unter Beteiligung zahlreicher kommunistischer Arbeiter- und Sängervereine ein Denkmal für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg eingeweiht.

### Erfolgreiche Lohnbewegung in der Thüringer Spielwarenindustrie.

Das „Tageblatt“ meldet aus Halle: Der große Generalstreik in der Saaleberger Spielwarenindustrie ist durch eine 25 prozentige Lohnerhöhung an sämtliche Arbeiter vermieden worden.

## Rußlands Hungerkatastrophe.

„Rußland kann uns helfen!“ haben wir die deutschen Kommunisten rufen gehört. „Deutschland hungert, Rußland hat Brot, landwirtschaftliche Produkte im Überfluß. Das Bündnis mit Sowjetrußland ist Deutschlands Rettung!“ Jetzt aber tönt Maxim Gorkis verzweifelter Ruf: „den Erdbeben! Rußland verhungert! Sendet Brot und Medikamente! Helft uns!“

Was die deutschen Kommunisten sagten, ist richtig in den Worten der Theorie. Was Maxim Gorki in die Welt hinaus schreit, ist die furchtbare Wirklichkeit.

Rußland, das vor dem Kriege ungeheure Mengen von Lebensmitteln im Austausch von Industrieprodukten an die Länder der übrigen Welt abgab, hat heute nicht mehr genug, um sein eigenes Volk zu ernähren. Rußland, das bei einer rationalen Wirtschaft, schlecht gerechnet, das Doppelte an Lebensmitteln erzeugen könnte, als es vor dem Kriege erzeugt hat, ist tief unter seine frühere Produktion, vielleicht bis auf die Hälfte herabgesunken.

Bis jetzt hat in Europa die Vorstellung geherrscht, daß zwar die Bevölkerung der Städte hungere, weil die Sowjetregierung nicht imstande sei, ihr die nötigen Nahrungsmittel zuzuführen, daß aber der Bauer noch immer sein Auskommen finde. Rußland ist heute, das darf man keinen Augenblick übersehen, durchaus kein nach sozialistischen Wirtschaftsgrundsätzen verwaltetes Land, nur einige Lausend Industrieunternehmungen sind einem unbeholfenen Staatssozialismus unterworfen; auf dem Lande aber ist gerade erst durch die Revolution das bäuerliche Privateigentum an Grund und Boden geschaffen worden. Durch die Aufteilung des Großgrundbesitzes wurden mehr als 15 Millionen privater Bauernwirtschaften errichtet, die von der Sowjetverwaltung ziemlich unberührt auf eigener Scholle schalten und walten. Den Wirtschaften, die in der Nähe der großen Städte liegen, oder die von militärischen Requisitionen besonders hart heimgesucht wurden, blieb in manchen Fällen allerdings kaum so viel übrig, daß den Erzeugern ein ausreichender Anteil gesichert war. Neuerdings aber hat Lenin ein dem deutschen Umlageverfahren ähnliches System geschaffen, wonach der Bauer nur einen bestimmten Anteil seiner Produktion abzugeben gezwungen ist, während das übrige zu seiner freien Verfügung verbleibt. Die Zwangseintreibungen allein würden die furchtbare Notlage nicht erklären.

Ihre hauptsächlichste Ursache liegt in einer schweren Missernte, von der das östliche Rußland infolge anhaltender Trockenheit betroffen worden ist. Das Verlangen des Bodens ist so vollständig, daß der Landbevölkerung nicht nur nichts übrig bleibt, was sie abgeben könnte, sondern daß ihr sogar dasjenige fehlt, was sie brauchen würde, um sich selber bis zur nächsten Ernte zu ernähren. Die Folge davon ist, daß Millionen, von einer wahnsinnigen Furcht vor dem Kommenden ergriffen, ihre sonderbrannten Kleider verlassen und sich nach der Art einer neuen Völkerwanderung in ungeheuren Schwärmen einem ungewissen Schicksal entgegen weiter nach Osten wägen.

Die Missernte in Ostrußland hätte aber bei zweckmäßiger Bewirtschaftung des Bodens kaum einen so vernichtenden Umfang annehmen können. Auch bei günstigen klimatischen Verhältnissen erzeugt der russische Acker noch nicht die Hälfte von dem, was unter schlechteren äußeren Bedingungen der deutsche Acker hervorbringt. Durch bessere Wirtschaft hätte zwar die Missernte selbst nicht vermieden werden können, wohl aber wäre sie wahrscheinlich bis auf ein Maß zu mildern gewesen, das der Landbevölkerung das nackte Durchkommen gerade noch ermöglicht.

Der zweite Grund, warum sich die ostrossische Missernte zu einer Volkskatastrophe von noch nie erlebtem Umfang auszuweiten konnte, liegt in dem Fehlen eines zweckmäßigen Verteilungssystems und eines funktionierenden Transportwesens. Es gibt für die ostrossischen Bauerngemeinden keine Möglichkeit, aus Gebieten mit besseren Erträgen Zufuhren heranzuleiten und für sie irgendeine Gegenleistung zu bieten. Unter normalen Verhältnissen wären schlimmstenfalls durch Aufnahme von Hypotheken Geldmittel zur Heranschaffung von Lebensmitteln aufzubringen gewesen; die russische Wirtschaftsanarchie schneidet den Bauern auch diese Möglichkeit ab, ohne ihnen eine andere zu bieten.

Darum ist auch zu fürchten, daß selbst die größte Hilfsaktion ohne Erfolg bleiben wird. Die gewaltigsten Getreideleistungen, die nach Petersburg oder nach Odessa gebracht würden, könnten ihren Zweck nicht erreichen, wenn die Transportmittel fehlen, wenn die Organisation fehlt, um die Gaben denen zuzuführen, die die allergrößte Not leiden.

Furchtbare Dinge werden sich in Rußland ereignen. Denn wenn selbst die Bevölkerung der sonst ertragsreichsten Gegenden vom Hunger gepeinigt ihre Scholle verläßt, ist nicht abzusehen, wie im nächsten Winter und Frühjahr das Ernährungsproblem auch der großen Städte gelöst werden soll.

# Der Entwurf zum deutschen Parteiprogramm.

III.

## Gesundheitspflege.

Übernahme des gesamten Heil- und Gesundheitswesens in den Gemeinbetrieb unter Beseitigung jeglicher privatrechtlichen Wirtschaftsförmigkeit. Ausdehnung des vereinheitlichten Versicherungswesens auf alle Volksschichten. Übernahme und Ausbau der Krankenanstalten, Ambulatorien, Polikliniken und gesundheitlichen Anstalten sowie aller sonstigen, der öffentlichen Gesundheitspflege dienenden Einrichtungen in Stadt und Land. Eingliederung der Kräfte, Hebammen und des übrigen Heil- und Krankenpflegepersonals in die Gesamtorganisation des Heil- und Gesundheitswesens unter planmäßiger Verteilung auf Stadt und Land bei sorgfältigster Berücksichtigung der Arbeitsverteilung und Arbeitsverhältnisse unter Zuhilfenahme aller technischen Hilfsmittel. Sozialisierung der Apotheken und aller Stätten der Herstellung, des Handels und des Verkehrs von Heilmitteln und Sanitätswaren. Unentgeltliche, würdige und gleichartige Lebenshaltung in der Form der Verordnungen oder Einbürgerung nach erfolgter Totenschatzung.

## Wohnungsfrage.

1. Vereinheitlichung des Grund und Bodens.
2. Vergesellschaftung des Wohnungswesens. Überführung der Wohnhäuser und der für den Wohnungsbau notwendigen Grundstücke in die Verwaltung und den Besitz von öffentlich-rechtlichen Körperschaften. Wohnungsbau und Ausbringung der hierzu erforderlichen Mittel durch diese Körperschaften.
3. Reichsgerichtliche Regelung des Wohnungs- und Mietwesens.
4. Bekämpfung der Wohnungsnot durch planmäßige Wohnungspolitik auf der Grundlage gesellschaftlicher Anfechtung. Förderung einer gesunden Verkehrspolitik und einer zweckmäßigen Dezentralisation der Industrie.
5. Bekämpfung des Wohnungsleids durch Beseitigung ungesunder Wohnstätten. Reichsgerichtliche Regelung der Obdachspflichten der Wohnungskultur durch Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege.
6. Errichtung eines Reichsausschusses, sowie von Landes- und Kreisbauämtern. Betrauung dieser Ämter mit der Aufsicht über das gesamte Wohnungs- und Mietwesen.
7. Sozialisierung des Baugewerbes und der Baustoffindustrien.

NB. Der Vorschlag unter Ziffer 1 wird zurückgezogen, falls er von der Unterkommission für das Agrarprogramm vorgeschlagen sein sollte.

## Rechtspflege.

Die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft bedingt eine neue Rechtsordnung: Überwindung der herrschenden privatrechtlichen durch eine soziale Rechtsauffassung, Unterordnung des Vermögensrechts unter das Recht der Person und das Recht der sozialen Gemeinschaft.

Aus diesem Ziel ergibt sich als Aufgabe der Kampf gegen Klassenjustiz und kapitalistisches Recht.

Für die Organisation der Rechtspflege fordern wir: die Mitwirkung gewählter Volksrichter in allen Zweigen der Justiz. Erziehung zu allgemeiner Rechtskenntnis, vollständige Geschlechtsparität, Zusammenlegung des Richterstandes aus allen Volksschichten, Zulassung der Frauen zu allen Justizämtern, Neuordnung des juristischen Ausbildungsganges in sozialistischem Geiste, schließlich Übertragung der gesamten Justiz auf das Reich.

Für das Strafrecht fordern wir: hohes Parteirecht des Angeklagten, Befreiung der Untersuchungshaft, Ausdehnung der notwendigen Verteidigung, Berufung in allen Strafsachen, erleichterte Wiederaufnahme, Entschädigung aller unschuldig Angeklagten und Verurteilten, Festgenommenen und Verhafteten, erweiterte Zuständigkeit der Privatklage.

Für den Zivilprozess fordern wir gleiche Rechtssicherheiten für große und kleine Streitwerte, unentgeltliches Güterverfahren für alle Streitigkeiten, Regelung der Rechtsvertretung ohne Beschränkung auf Anwälte und unter besonderer Berücksichtigung der Arbeiterkredite, Verdrängung des richterlichen Einflusses im Verfahren, menschlichere und wirtschaftlichere Zwangsvollstreckung, bessere Sicherstellung des Altagerechts der Armen.

Für das Strafrecht fordern wir: Schutz- und Erziehungs-, nicht Vergeltungsstrafrecht; für Jugendliche Erziehung statt Strafe; Abschaffung der Todesstrafe und der lebenslänglichen Freiheitsstrafe; Strafbefreiung nach Steuerzahlungen; bei längerem Recht der Arbeitslosigkeit statt Freiheitsstrafe; Ausgestaltung der bedingten Ver-

urteilung; Wiedergutmachung neben oder statt der Strafe; Verdrängung des Richters durch Strafvollstreckung oder Strafausschließung bei wirtschaftlicher Notlage; Beseitigung der zwingenden Strafmasse; scharfe Abgrenzung aller Arbeitskraft und ihrer politischen und gewerkschaftlichen Rechte; einheitlicher Ausbau des Wucherstrafrechts; Ausdehnung der Antragsdelikte, reichsgerichtliche Regelung des Strafvollzugs; Beseitigung roher Disziplinarstrafen; Gefangenen- oder Verwahrungsgemeinschaftlicher Zinker.

Für das Privatrecht fordern wir: ein besonderes Arbeitsgesetzbuch; ein besonderes Miet- und Wohnungsgesetzbuch; Neuordnung des Rechts der Hausgemeinschaft; Einschränkung des freien Vertrages nach sozialem Bedürfnis; Neuregelung des Bodenrechts im Sinne des Übergangs zur Allgemeinheit; Gleichstellung von Mann und Frau im Familienrecht; erleichterte Ehescheidung; Beseitigung der Minderberücksichtigung der weiblichen Kinder; verstärkte öffentliche Aufsicht über die elterliche Erziehung; Übernahme der Fürsorgergewalt auf Staat und Gemeinde; Begrenzung des Erbschafts; Erbrecht des Staates; Beteiligung der Angehörigen am Ertrage des Erbschafts; Schutz auch des abhängigen Erbschafts; Neuordnung des Erbschafts.

## Kulturpolitik.

1. Die Erziehung ist Aufgabe der Gemeinschaft. Familien-erziehung anbertraute Gemeinschaftsaufgabe.

Das Ziel der Erziehung ist der sozialistische Mensch, die Persönlichkeit als Glied der Gemeinschaft, der Gemeinschaft auf dem Boden der Arbeit.

Mittel aller Erziehung ist selbstgestaltendes Gemeinschafts- und Arbeitsleben, die Schule eine Arbeits- und Lebensgemeinschaft.

Neben dem einheitlichen Bau des Bildungswesens von der Grundschule bis zur Hochschule dienen besondere Bildungstätten für erwachsene Volksgenossen der Ausbildung zu führender Arbeit im Gemeinschaftsleben und zu schöpferischer Mitarbeit an der sozialistischen Zukunftskultur.

2. Die Jugendhilfe ist zu einem selbständigen öffentlichen Arbeitsgebiet mit eigenen beamteten Organen auszugestalten.

Sie beginnt mit dem werdenden Kind und endet mit dem Eintritt der Volljährigkeit.

3. Die Jugendbewegung, das sich nach eigenem Geleite gestaltende Persönlichkeits- und Gemeinschaftsleben der Jugend, ist als schöpferische Kraft der gesellschaftlichen Entwicklung zu wecken.

4. Religion ist Privatsache, Sache innerer Überzeugung, nicht Parteisache, nicht Staatsache.

Trennung von Staat und Kirche.

Weltlichkeit der Schule.

Anerkennung jeder Abkömmlinge oder werdenden Überzeugung.

## Böllerbeziehungen und Internationale.

1. Nationale Selbstbestimmung der Völker im Rahmen des für alle gleichmäßig geltenden internationalen Rechts.

2. Einen Völkerbund, der kein die Völkerbündnisse anerkenndes Volk ausschließt. In seinen Rat sind Delegierte der Parlamente nach der Stärke der Parteien zu entsenden.

3. Ausbau des Völkerrechts. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf friedgerichtlichen Wege. Errichtung eines internationalen Schiedsorgans. Internationalisierung aller Wasserstraßen, welche Meere und von verschiedenen Staaten umschlossene Seen untereinander und mit dem Meere verbinden.

4. Unterstellung aller Kolonien und Schutzgebiete unter die Oberhoheit des Völkerbundes und Durchführung des Grundgesetzes der offenen Tür für diese Gebiete.

5. Demokratisierung und Vereinfachung der diplomatischen Vertretungen der Staaten.

6. Entscheidung der Volksvertretungen über den Abschluß aller Verträge mit fremden Staaten unter Ausschluß aller Geheimverträge.

7. Eine von den Grundgesetzen des freien internationalen Austausches geleitete Handels- und Verkehrspolitik.

8. Internationale Abrüstung unter Garantie des Völkerbundes mit dem Ziele der Verabschaffung der Wehrmacht auf das Maß, das die innere Sicherheit der Staaten erfordert. Körperliche Ausbildung der Jugend unter Ausschaltung aller militärischer Zwecke.

9. Internationaler Zusammenschluß der Arbeiterklasse auf demokratischer Grundlage als beste Bürgschaft des Friedens und der Verwirklichung eines internationalen Völkerrechts.

Und dabei ist weder gewiß, ob diese wirtschaftliche Katastrophe politische Folgen haben wird, noch ob man diese Folgen überhaupt wünschen kann. Man sieht wohl Kräfte am Werke, die das unglückliche Land in noch tieferes Elend herabstoßen möchten, aber keine, die instand ist, es zu rufen.

Nur das eine ist klar, daß jedes Volk, das dem russischen Beispiel nachzusehen wollte, sehenden Auges sich selber den Untergang bereiten würde.

## Die onstößige rote Fahne.

Aus Braunschweig wird der „N. N.“ geschrieben: In Braunschweig fand am 17. Juli ein großes Gewerkschaftsfest statt, bei dem ein Umzug mit Gewerkschaftsfahnen und auch mit roten Fahnen geplant war. Sobald die „Kreisdirektion“ (ein Mittelglied zwischen Landratsamt und Regierungspräsident) dies erfuhr, erließ sie ein ausdrückliches Verbot rote Fahnen in dem Umzuge mitzuführen. In der Begründung heißt es: „gerade so wenig, wie die schwarz-weiß-rote Fahne eine rote Fahne eine anerkannte Fahne. Das Mitführen solcher Fahnen kann provozierend wirken. Mit solchen Ausfertigungen ist eine Gefahr der Störung der öffentlichen Ordnung verbunden.“

Es geschah ausgerechnet in Braunschweig, zwei Jahre nach der Revolution. Im roten Braunschweig, wo alle nachlang junge Leute mit schwarz-weiß-roten Fahnen umherziehen, ohne daß jemand etwas dagegen einwendet!

Zum Glück steht über der Kreisdirektion ein rein sozialistisches Ministerium. Das hat natürlich die kaiserliche Verfügung kurzerhand auf und beschränkt dabei das Vorgehen der Kreisdirektion als einen Übergriff und eine Taktlosigkeit. Der schuldige Beamte — es war nicht der Kreisdirektor selbst, sondern ein schuldiger junger Regierungsrat, der Sohn eines Ministers aus der alten Zeit — wurde seines bisherigen Postens enthoben mit der Begründung, „daß ihm jedes Verständnis für die neuen Verhältnisse im Staate abgehe.“

## Eine Vertretung unserer belgischen Genossen auf dem Östlicher Parteitag.

Brüssel, 16. Juli. (Agence belge.) Der Generalrat der sozialistischen Partei beschloß, die Einladung der deutschen Mehrheitssozialdemokraten, sich auf ihrem nächsten Kongreß in Östlich vertreten zu lassen, anzunehmen. De Brouckere wird die belgische Partei vertreten. Es wird aber betont werden, daß diese Beteiligung am Kongreß der Mehrheitssozialdemokraten in keiner Weise eine Gegnerschaft gegen die unabhängigen Sozialdemokraten in sich schließt, mit denen man nur gute Beziehungen wünscht.

## Entsendung eines deutschen Handelsbevollmächtigten nach Moskau.

Berlin, 20. Juli. Die „Zeitschrift Allgemeine Zeitung“ führt, daß Ministerialdirektor Dr. Wiedenfeld gestern die Leitung der Abteilung Außenhandel des auswärtigen Amtes niedergelegt, um die Vertretung der deutschen Handelsinteressen in Moskau zu übernehmen. Dr. Wiedenfeld gab die Stelle August Barthin abzuweilen.

## Die schwierige Lösung des irischen Problems.

London, 19. Juli. „Daily Telegraph“ meldet, daß die jetzige Besprechung Lord Georges mit Devalera und Rabinettmitgliedern von Ulster die Lösung des schwierigen Problems nicht gefördert hätte. Lord George hält die Lage insofern nicht für aussichtslos, es ist, daß noch eine Lösung gefunden werden könne.

## Polnische Aufstands-Drohungen.

„Kurjer Poranny“ nimmt die Pariser Meldungen über die drohende Einmischung der Entente in die Entscheidung über Oberschlesien durch die Entente zum Anlaß, ernste Befürchtungen über die Entwicklung der Lage zu äußern. In dem er daran erinnert, daß die Verschiebung der Entscheidung schon einmal den Aufstand zur Folge gehabt habe, und gleichzeitig auf die Verantwortung der polnischen Führer der Aufstandsbewegung hinweist, die einen Mißbrauch ihres guten Glaubens befürchten.

## „König Kohle.“

Roman von Anton Einclair.

(Fortsetzung.)

„Gehen Sie zur Hölle“ — brummte der andere, schlug die Tür zu und entfernte sich den Gang entlang.

Hal trat wieder ans Fenster und vertiefte sich mit dem Beobachten der Vorübergehenden die Zeit. Zerstreute Kinder sammelten sich unter dem Fenster, blinzelten hinauf, grinsten, machten ihm Zeichen, bis jemand kam und sie forttrieb.

Mit der Zeit wurde Hal hungrig. Der Geschmack des Brotes wird, wenn es allein genossen, auf die Dauer langweilig und der Geschmack des Wassers hilft dem nicht ab; trotzdem laute Hal am Tisch, trank das Wasser und hätte gern noch mehr davon gehabt.

Langsam schlich der Tag hin — jetzt am Nachmittag erschien abendlich der Winter, brachte ein neues Stück Brot und frisches Wasser. „Gehen Sie, doch einen Augenblick“ — rief Hal, als der Mann sich zum Gehen ansetzte.

„Ich habe Ihnen nichts zu sagen“ — brummte dieser.

„Aber ich habe Ihnen etwas zu sagen: ich habe nämlich einmal ein Buch gelesen, ich weiß nicht mehr recht was, doch war es von einem Arzt geschrieben, daraus stand, daß Weibsbrot nicht genügend Nährwert enthält, um allein dem menschlichen Organismus zu genügen.“

„Können Sie mich in Ruhe“ — murmelte der Kerkermeister. —

„Das wollen Sie denn eigentlich?“

„Ich meine bloß, daß ich mir nicht gerade freiwillig eine Dose von Wasser und Brot wählen würde.“

„Was würden Sie denn wählen?“

Der Ton der Frage ließ ihn als bloß rhetorische erkennen. Hal jedoch sagte sie buchstäblich auf: „Wenn ich ein Weibsbrot bekommen könnte und etwas Gutes daraus.“

Der Kerkermeister und brummte ins Dämliche, der Mann verließ den Hof des phantastischen Gefängnisses. Währenddessen sah Hal auf der harten Bank und dachte Gefängnisgedanken.

Es war bereits fünf Uhr fünf, das sagte Hal nicht, er dachte sich, daß die Sonne im Dorf alle verbräunt. Er sah ein, daß es um fünf Uhr hier verbräunen müßte, legte sich dem Kopf auf den Arm gebettet, auf den Fußboden und war bereits eingedrückt.

klammerte, als er am Fenster einen tropfenden Laut vernahm. Er legte sich auf und hörte ein Rascheln wie von Papier. Rasch sprang er ans Fenster und sah im blauen Licht der Sterne, daß etwas vor dem Gitter schwankte. Er griff danach; es war ein an einer Stange befestigtes gemächliches Notizbuch.

Hal blinzelte hinaus, konnte jedoch niemand sehen. Er packte die Stange, schüttelte sie zum Zeichen, daß er das Buchlein an sich genommen und vernahm ein Flüstern, in dem er sofort Noctas Stimme erkannte: „Hallo! Höre! Schreib deinen Namen hundertmal in das Buch. Ich komme zurück.“

Der Befehl war recht verwirrend, doch gab es für Erklärungen keine Zeit: Hal erwiderte „Ja“ und betrachtete das Buch genauer. Ein Klebblatt war daran befestigt, die Spitze im Nachschuß eingeklebt, um das Abbrechen zu verhindern.

Die Stange verstand. Hal setzte sich und schrieb auf jede Seite drei, viermal: „Joe Smith — Joe Smith — Joe Smith.“

Diese zwei Worte kann man sogar in der Finsternis schreiben und während Hal Hand sich heftig bewegte, kann kein Geist dem Geheimnis nach. Man so nie wohl annehmen, daß das Komitee nicht sein Autogram als Andenken verteilen wollte; es brauchte es für einen bestimmten Zweck, um eine neue List der Kerker zu durchkreuzen. Gar bald hatte er auch des Rätsels Lösung gefunden; da man bei ihm kein Geld entziehen konnte, hatten die Kerker einen Brief gefälscht, den sie als von ihm geschrieben vorwiesen und nun brauchten die Kerker keine Unterschrift, um die Freilassung nachzuweisen zu können.

Hal beschloß eine große, freie Schrift zu schreiben, daß er weder die Kerker noch dem Gefängnis einen ungeschickten Arbeiter gleich sein konnte. Der Meißel lag über das Papier, Joe Smith — Joe Smith — Joe Smith, bis Hal sicher war, er hätte für jeden Teilnehmer der Kerker eine Unterschrift gefälscht und nun können die Kerker an die Kerker. Dann, von draußen einen Pfiff vernehmend, hielt er im Schreiben inne und eilte ans Fenster.

„Hör!“ — klangte eine Stimme und Hal warf das Buchlein hinaus. Er sah eine Gestalt in der Ferne entschwinden, kann wurde aber nichts still. Er lauschte noch eine Weile, ob der Kerkermeister wohl zurück sei, dann lautete er sich auf der Bank aufzuheben und dachte abends viele weitere Gefängnisgedanken.

Und wieder morgete es, wieder schritt die Weise; wieder stand Hal am Fenster. Er bemerkte, daß viele der vorübergehenden Vergleute kleine Zettel in den Händen hielten, die sie auffällig gegen das Fenster hin schwenkten. Der alte Sforza trug in der Hand einen roten Zettel, der ihm nehmen wollte.

Genau war ihm eingeschätzt worden, dies im geheimen zu tun, aber offensichtlich war die Erregung über ihn geworden, er hüpfte umher wie ein Dampfmotoren und winkte Hal vor aller Augen mit den Zetteln zu.

Dieses indistrete Benehmen erhielt den Lohn, den es herausforderte. Hal sah eine gedrungene Gestalt um die Ecke biegen und sich vor dem erschrockenen alten Sforza aufpflanzen. Dies war Bud Wabas, der Grubenpolizist; seine Hände waren gefalt, der Körper zum Schlag gestarrt. Mike sah ihn und plätschete Lärmung schen den alten Wabas zu befallen; die arbeitstüchtigen Schultern sanken zusammen, die Finger spreizten sich; wackelnd fielen die wertvollen Zettel zu Boden. Gleich einem festgebannten Kaninchen karnte Mike auf Bud, keine einzige Bewegung des Schenkel wagend.

Hal rüttelte am Gitter; ihm war, er müsse herausbringen, seinen Freund verteidigen; doch der erwartete Schlag blieb aus, der Grubenpolizist begnügte sich damit, den alten Mann während ungeschickten und ihm einen kurzen Welsch zu erteilen. Mike hätte sich und sammelte die Zettel auf — dies brauchte geraume Zeit, da er nicht die Augen vom Grubenpolizisten abwenden konnte oder wollte. Als er alle Zettel in den Händen hielt, kam ein neuer Befehl und er lieferte sie Bud ab. Dann trat er einige Schritte zurück und der andere folgte ihm noch immer mit geballten Fäusten, schlagbereit. Mike zog sich einen weiteren Schritt zurück, noch einen, — noch einen, bereit verschwand die beiden aus dem Gefängnis.

Arbeiter, die dem Wortsall beigewohnt, wendeten sich um und schickten davon und Hal wußte nicht, wie es ihm geendet.

Stunde Stunden später erschien Hal Kerkermeister, diesmal ohne Brot und Wasser; er öffnete die Tür und befahl dem Gefangenen zum Gehen. Hal ging in Jeff Cottons Bureau hinab.

(Fortsetzung folgt.)

## Neuregelung der Getreidebewirtschaftung.

### Neue volkswirtschaftliche Eigenmächtigkeiten des Senats.

Durch eine in den Kreisblättern veröffentlichte Verordnung vom 16. Juli 1921 wird die Selbstständigkeit mit neuen volkswirtschaftlichen Bestimmungen des Senats überreicht. In dieser Verordnung bestimmt der Senat auf Grund (1) einer Bundesratsverordnung vom 22. Mai 1918, daß für den Bedarf der versorgungsberechtigten Bevölkerung im Wirtschaftsjahre 1921/22 aus dem Freistaat mindestens 10 000 Tonnen Getreide im Wege der Umlage aufgebracht werden sollen. Und zwar soll der Kreis Groppe Werder 4450, die Niederung 2800 und die Höhe 2750 Tonnen aufbringen.

Der den Erzeugern zu zahlende Preis ist in dieser Verordnung mit 2800 Mk. für die Tonne Weizen, 2100 Mk. für Roggen und 8000 Mk. für Gerste aufgeführt.

Daß der Volkstag oder die zuständigen Ausschüsse gehört worden sind, geht der Verordnung zu einer einschneidenden Neuregelung der Getreidebewirtschaftung über. Die Einführung des Umlageverfahrens, kommt einer bedingten Aufhebung der Zwangsabwickelung gleich, da den Landwirten das Recht eingeräumt wird, über die ihrer Umlageverpflichtung übersteigende Getreidemenge frei zu verfügen. Den Landwirten wird also damit die Möglichkeit geschaffen, nunmehr einen Teil ihres Getreides ebenso zu vermarkten, wie heute bereits ihre anderen Produkte.

Daß in der Umlage aufzubringende Getreide soll der Versorgung der Bevölkerung mit Brot auf Kosten dienen. Damit die Landwirte aber auch dabei auf ihre Rechnung kommen, hat der Senat sich aus alter Freundschaft zu der Landwirtschaft bemüht gefühlt, die Preise auf eine schwebende Höhe festzusetzen. Im Vorjahre erhielten die Landwirte für Roggen und Weizen 1200 Mk. und für Weizen 1280 Mk. für die Tonne, ohne daß man gehört hat, daß ein Landwirt verhungert wäre oder Konkurs gemacht hätte. Der Senat, der von allen guten Geistern verlassen zu sein scheint, wird für diese neuerliche Volkswirtschaftsänderung Rede und Antwort zu stehen haben. Diese agrarfreundliche Wirtschaftspolitik kann wahrlich nicht dem inneren Frieden des Freistaates dienlich sein. Ist dem deutschnationalen Senat die Bevölkerung tatsächlich schon so gleichgültig, daß er sie gefällig der agrarischen Profitgier überantwortet. Die Arbeiterklasse wird sich gegen derartige Mehrbelastungen entsprechende Widerstände erheben müssen, wenn sie nicht noch einer gesteigerten Hungergefahr unterliegen will. Hat der Senat auch daran gedacht?

## Die kommunistische Hege gegen den Metallarbeiterverband.

Der Verleumdungsflug des kommunistischen Redakteurs Schmidt gegen seinen eigenen Verband, wird in der „Danziger Arbeiterzeitung“ im gesteigerten Maße fortgesetzt. Schmidt schreibt diese reaktionären Blätter: „Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes treibt Arbeits-Gemeinschaftspolitik, darum steigen die Preise der Produktion um 100%, die Löhne um 10% und ihr müßt den Hungerriemen enger schnallen usw.“ Zum Schluß wird dann natürlich die Hilfe der Kommunisten empfohlen. Es ist wahrlich reichlich naiv, was der Redakteur dieser Zeitung seinen Verbandskollegen zumutet. Die Metallarbeiter und bewußten Führer der Arbeiterbewegung wissen selbst sehr gut, daß sie die Schuldigen sind, wenn die Arbeiterklasse nicht das erreicht hat, was notwendig gewesen wäre. Nachdem sie die Festigkeit und Stabilität der Gewerkschaften durch ihre gewissenlose Zerstückelungsarbeit untergraben haben, versuchen sie die schwere Schuld auf andere abzuwälzen. Die organisierten Metallarbeiter dürfen sich von diesen gewerkschaftszerstörerischen nicht irreführen lassen und müssen alle Versuche auf politische Unterjochung der Gewerkschaften unter die unheilvolle Führung von Moskau entschieden zurückweisen.

Am Sonntag muß diesen arbeitserfindlichen Elementen, deren Treiben auf die vollkommene Zerstörung der unter harten Mühen aufgebauten Arbeiterbewegung hinausläuft, ein Denkzettel gegeben werden. Es muß ihnen gezeigt werden, daß die organisierte Arbeiterklasse ihre beste Waffe im Wirtschaftskampf, die Gewerkschaften, nicht leichtfertig zertrümmern läßt.

Darum Genossen! Metallarbeiter! Seid am kommenden Sonntag vollzählig auf dem Posten. Verhindert die Zerstörung des

## Zoppoter Stadttheater.

### „Das Glück im Winkel.“

Schauspiel in drei Akten von Hermann Sudermann.

Rektor Wiedeman: Professor Ferdinand Gregori.

Es hat heute wirklich keinen Zweck mehr, sich über die fast errechneten, innerlich unwahren Handlungen, die der Bühnenhandwerker Sudermann vor uns hinstellt, zu entzweien. Für den ernsthaften Literaturkritiker mag die Neugierigkeit der Routine und die grobe Effekthascherei dieses Schriftstellers tausendmal endgültig feststehen, so werden Stücke wie „Das Glück im Winkel“ doch immer ihr dankbares Publikum finden. Der Autor versteht sich eben zu sicher auf unfehlbare theatralische Wirkungen und auf die Erzeugung einer starken Spannung, wenn er auch mit finomahigen Mitteln arbeitet. Dazu kommt ein unlegbarer Instinkt für die lebhafteste Kontrastwirkung sozialer Gegensätze, eine gut gefundene Milieuschilderung und nicht zuletzt die Schaffung von Bombenrollen. Hin und wieder blüht sogar ein wirklicher dichterischer Einfall auf, wenn z. B. die blinde Helene die Notenschrift mit Engeldöpfen vergleicht.

Das Glück steht und fällt mit der Rolle des Junkers von Köditz, und man kann es Leopold Jahnke, dem neuen Leiter des Berliner staatlichen Schauspielhauses, nachfühlen, wenn er kürzlich, nachdem ein Gerichtsbeschluss ihn entgegen seinem künstlerischen Gewissen zur Aufführung des „Glücks im Winkel“ gezwungen hatte, durch eine ganz unzulängliche Besetzung gerade dieser Rolle den Erfolg des Stückes sabotieren mußte, daß er es nach wenigen Aufführungen wieder vom Spielplan absetzen konnte. Das Zoppoter Stadttheater verfügt in Karl Lambertin über einen Darsteller, der die Sieghaftigkeit dieses Frauenliebings, seine Eleganz, sein Lebemannsthum, sein brutales, egoistisches Herrenmenschenhum und seinen Jynismus schlechthin vollendet wiedergibt. Einer so eindrucksvollen Leistung gegenüber hat der Darsteller des Rektors Wiedeman immer einen schweren Stand, und es zeugt für die hohe schauspielerische

Intelligenz von Ferdinand Gregori, daß er diese schlichte, bescheidene, von Güte tiefende Figur durch feinste Nuancierung so glaubhaft wie nur möglich verkörperte. Nur in der Maske hätte er nach meinem Empfinden ein wenig älter sein müssen. Auch Alig Bische wurde der Rolle der Elisabeth, die sich vor ihrer heißen Leidenschaft in das stille Winkelglück geflüchtet hat und durch die neue Begegnung mit dem heimlich geliebten Junker in die heftigsten seelischen Kämpfe gestürzt wird, bis sie endlich von Bewunderung ihres hochsinnigen Gatten das Begehren ihres Stutes überwindet, mit anerkennenswerten Gelingen gerecht. Um die undankbare Rolle der zurückgekehrten und entlagenden Bettina mühte sich Ruth Waldor mit raffinem Können. Von den übrigen Mitwirkenden seien noch Helene Behrend und Willy Basse hervorgehoben. Für ein gutes Zusammenspiel hatte Max Kaschig als Spielleiter gesorgt. Die beiden Gregori-Gastspiele dieser Woche haben den Beweis erbracht, daß das Zoppoter Stadttheater bei ernstem Streben einen nicht zu unterschätzenden Faktor im Kunstleben unseres Danziger Freistaats zu bilden vermag. B.

gegen Notizen,  
gegen verbotene Parteipolitik,  
gegen die Bestrebungen des Gewerkschaften;  
für Umkehrung,  
für gewerkschaftliche Abgrenzung,  
für Einigkeit und Solidarietät der Arbeiter.  
Wählt nur Liste A. Neugewählter-Kreiswahl-Komitee.

## Das neue Gewerbegerichts-gesetz.

Gezwungen durch die neuen politischen Verhältnisse sah sich der Senat der Freien Stadt Danzig genötigt, auch einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte auf eine breitere Grundlage stellen sollte. Die in diesem Entwurf vorgesehenen Änderungen gegen den bisherigen Zustand, trugen aber den durch die Verhältnisse geschaffenen Zuständen nur in ganz beschränktem Maße Rechnung. So ist die Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechts an weibliche Arbeiter und Angestellte nur eine logische Folge aller andern abgeänderten Wahlsätze. Auch die Herabsetzung der Berufungssumme ist eine logische Folge der Geldentwertung. Die übrigen Änderungen sind zum überwiegenden Teil Folgewirkungen der Abtrennung Danzigs vom Reich. Das Gesetz aber auf einen größeren Kreis von Arbeitern auszudehnen, hielt man jedoch nicht für notwendig. Die Ausschaltung der Gewerkschaftsangehörigen, die nach dem alten Gesetz zweifelhaft war, wollte man in dem neuen Entwurf besonders betonen. Hier eine Änderung herbeizuführen, mußte unter allen Umständen vermieden werden.

§ 1 der Vorlage, wie sie aus der Kommissionenfassung hervorging, lautete in seinem ersten Absatz: „Für die Entscheidung von gewerblichen Streitigkeiten zwischen Arbeitern einerseits und ihren Arbeitgebern andererseits, sowie zwischen Arbeitern desselben Arbeitgebers sind in der Freien Stadt Danzig Gewerbegerichte zu errichten.“ Hiermit waren also wieder alle Staats- und Gemeinbediensteten, sowie sämtliche Landarbeiter auch weiterhin ausgeschlossen. Ohne Rücksicht nach rechts oder links war es Aufgabe der Abgeordneten, die in den Gewerkschaften an führender Stelle stehen, hier Wandel zu schaffen. Gen. Regynski brachte deshalb einen Antrag bei der 2. Lesung ein, der forderte: Hinter dem Wort „Arbeitgeber“ im § 1 ist einzuschalten: „einschließlich der landwirtschaftlichen Betriebe, der kommunalen und Staatsbehörden.“ Ferner sollte folgender Zusatz eingefügt werden: „Sekretäre der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Verbände sind auf jeden Fall zuzulassen.“ Da die Kommissionenfassung des Gesetzes ohne Widerspruch der Parteien in das Plenum gelangte, war der Bürgerblock auf Abänderungsanträge nicht vorbereitet und so wurden die Anträge Regynski in der zweiten Lesung statt angenommen. In der dritten Lesung versuchten die Deutschnationalen aus lauter „Liebe“ zu den Arbeitern, diese Anträge zu Fall zu bringen, wobei sich der Vizepräsident des Senats, Herr Ziehm, nicht scheute, dem Volkstage unsinnige Vorwürfe vorzuwerfen. Landarbeiter, merkt es euch! Wenn keine Gefahr der Mandate im Verzuge ist, gilt Verbesserung zu euren Gunsten, vom Standpunkt der Herren um Ziehm als Unsinn. Diese Leute, die Arbeitern sagen: „Ihr braucht keine Verbände, wenn ihr uns eure Stimmen gebt, sorgen wir für euch“, behaupten nun: „Es ist Unsinn, wenn der Landarbeiter seinen Arbeitgeber beim Gewerbegericht verklagen kann, dazu ist das Amtsgericht da!“ Jeder Landarbeiter weiß ungefähr, was das bedeutet. Es bedeutet, daß die Landarbeiter nach wie vor den Herren Großgrundbesitzern auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sein sollen, denn eine Klage vor dem Amtsgericht wird immer immens teuer, da die Arbeitgeber sich stets durch einen Rechtsanwalt vertreten lassen, den dann der unterliegende Teil neben den Gerichtskosten zu bezahlen hat. Darum ist es für einen Arbeiter schier unmöglich zu klagen, wenn es nicht vor dem Gewerbegericht möglich ist. Da nun die Sozialdemokraten dies den Landarbeitern ermöglichen wollen, ist es natürlich „Unsinn“.

Über, aber auch in den bürgerlichen Parteien gibt es Abgeordnete, welche -- natürlich aus bestimmten Gründen -- diesen „Unsinn“ mitmachen. Und so wurden die Abänderungsanträge Regynski in der dritten Lesung aufrecht erhalten, so daß sie jetzt Gesetz sind und jeder Landarbeiter, sowie jeder Staats- und Gemeinbedienstete und Arbeiter berechtigt ist, seinen Arbeitgeber vor das Gewerbegericht zu zitieren und dort sein Recht zu suchen.

Die Landarbeiter und Staatsarbeiter mögen aus der Behandlung des Gewerbegerichtsgesetzes erneut entnehmen, wer ihre Interessen wirklich vertritt. Die Sozialdemokratie mit ihren in laugebteilerer jeder Arbeiter und im Kampf erprobten Führern war, ist und bleibt die einzige tatkräftige Vertreterin der schaffenden Stände.

## Beschreibung der einmaligen Anwendung an vorübergehend beschäftigte Arbeiter.

In Ergänzung der Verordnung zur Ausführung des Gesetzes betr. Gewährung einmaliger geldlicher Zuwendungen an Arbeitslose vom 25. April 21, erlassen am 10. Mai 1921, hat der Senat zur Vermeidung von Härten, die sich aus der Anwendung der Differ 8 dieser Verordnung ergeben können, bestimmt:

Die Fürsorgeanstalten sind ermächtigt, in Fällen großer Bedürftigkeit die einmalige geldliche Zuwendung an Arbeitslose auch dann zu bewilligen, wenn:

- a) bei einer Arbeitslosigkeit von 8 Monaten und mehr die Unterbrechung durch Beschäftigung bis zu 10 Tagen,
- b) bei einer Arbeitslosigkeit von 6 Monaten und mehr die Unterbrechung durch Beschäftigung bis zu 15 Tagen gedauert hat.

Die Beschäftigung der Amtsbekannt der hauptamtlichen Senatoren. Dem Senat ist auf die Anfrage wegen des Inkraftsetzens der Verfassung und der Stellung der hauptamtlichen Senatoren eine Antwort durch den Oberkommissar des Bundesbundes dahin ergangen, daß die Verfassung prohibitiv in Kraft ist und daß die hauptamtlichen Senatoren, die durch den ersten Volkstag gewählt sind, berechtigt sind, ihr Amt zu führen bis ein Jahr nach dem Beginn der Wahlperiode eines neu gewählten Volkstages.

Die Geldmitführung bei Reisen durch Deutschland. Die maßgebenden behördlichen Stellen in Deutschland haben genehmigt, daß durch Deutschland reisende Personen die eingeführten Geldbeiträge auf Grund einer vom Grenzübergangspunkt ausgestellten Bescheinigung innerhalb 4 Wochen in gleicher Währung oder Form (z. B. Scheine, Wechsel und sonstige Ausweisungen) wieder ausführen können. Da die Reisenden vielfach bei der Einreise verabsäumen, sich diese Bescheinigung ausstellen zu lassen, erwachen ihnen Betreibungen und Nachteile, wenn sie die mitgebrachten Beträge bei der Ausreise ganz oder teilweise ausführen wollen.

Beim Baden ertrunken. In Heubude ist der 14 Jahre alte Schüler Walter Friedrich aus Danzig beim Baden ertrunken. Der Schüler hatte mit seiner Mutter und seinem Bruder eine Bade-Stelle rechts der Badeanstalt aufgesucht. Hier vergnügten sich die beiden Brüder im Wasser, sie schwammen hinaus und ungefähr 100 Meter vom Strande entfernt, verlor der Schüler plötzlich und kam nicht mehr an die Oberfläche. Hilfsbereiten Schwimmern war es nicht möglich, die Leiche sofort zu bergen. Auch Rettungsboote waren nach der Unfallstelle geeilt, mußten aber unverrichteter Sache ihre Versuche aufgeben. Es ist anzunehmen, daß durch den starken Seegang vor einigen Tagen ein tiefes Loch gemißt wurde, in das der Schüler geraten ist.

Im Monat August ist der Abschluß folgender Wildarten gestattet: Räumliches Rot- und Damwild, Rehbock, wilde Enten, Schmeppen, wilde Schwäne, Brachvogel, Wachstelzönige und alle anderen jagdbaren Eumpf- und Wasservögel.

Der Wintergarten hat das vorläufige Programm für die zweite Jahreshälfte noch durch eine Klangerklärung von 100 Klängen, das Kunstpaarpaar Laurens und Parker hat die bei andern Sterblichen übliche Sitte des Weins zu einer seltsamen Kunst herausgebildet. Nicht nur der Musikfreund kommt auf seine Rechnung, sondern auch der Naturfreund erlebt bei der klugen Nachahmung des Vogelgesanges einen Genuß. Gartenfest-Humor feiert in dem burlesken Schwanz Dienstmann Nr. 48 wieder Triumphe und erfreut dem Publikum Lustbahren. Die andern köstlichen Darbietungen sind so ausgezeichnet, daß man sie immer wieder gern sehen mag.

Vollzeitericht vom 21. Juli 1921. Festgenommen: 27 Personen, darunter 10 wegen Diebstahls, 1 wegen Hehlerei, 1 wegen Unterschlagung, 1 wegen Gefangenenerbretung, 1 wegen Körperverletzung, 2 zur Festnahme, 10 in Vollzeithaft, 1 Obdachloser.

## Aus dem Freistaatsbezirk.

Zoppot. Streit im Bäcker- und Konditoreibetriebe von Nidel, Zoppot. Infolge Verweigerung der Bezahlung der übermäßigen Ueberstundenleistungen im Betriebe von Nidel, kündigte Herr Nidel diejenigen, die die Ueberstundenbezahlung gefordert hatten und drohte diejenigen, die nicht auf gegen den gesetzlichen Bestimmungen vor morgens 6 Uhr mit der Arbeit beginnen wollten, mit Aussperrung. Auf diese droht Herr Nidel erfolgte Drohung beschloßen die dort Beschäftigten in den Streit zu treten. Es befinden sich neun Personen im Betriebe von Nidel seit dem 20. Juli im Streit. Es wird an das Sozialrechtgefühl der Berufskollegen appelliert, den Streitenden nicht in den Rücken zu fallen. Es gilt die bestehenden Mißstände zu beseitigen.

Reuteich. Der Sozialdemokratische Verein hält am Sonnabend, den 23. Juli, abends 8 Uhr im Lokale Wähler einen Diskutterabend ab. Referent Gen. Bruno Schmidt. Die Mitglieder werden um zahlreiches Erscheinen ersucht.

Danziger Niederung. Der Kreisrat hat in seiner Sitzung am 26. Juni d. J. die Einrichtung eines Wohlfahrtsamts für den Kreis einstimmig beschlossen. Eine Falls von Aufgaben wartet der Kreisleitung durch das neue Wohlfahrtsamt, z. B. die Fürsorge für Zubezulasse, für Mütter und Säuglinge, für Kriegsgeschädigte und Kriegshinterliebene, für Wohnungslosige und vieles andere mehr. Zur Abfüng aller dieser fengendbringenden Aufgaben gehören große Mittel, die der Kreis aus seinem Etat nicht bestreiten kann. Freiwillige Gaben sind dazu unentbehrlich und so soll dieses Kustur einer großen und edlen Tat die Wege ebnen. Der Landrat hat Sammelstellen herausgegeben, dieses Werk möglichst zum Wohle der Notleidenden nach besten Kräften zu fördern. Dies ist auf diesem Gebiet zu leisten, deshalb ergeht die dringende Bitte an alle Kreisangehörigen, sich an diesem Unternehmen in opferfreudiger Sinne mit Geldmitteln zu beteiligen und dem Wohlfahrtsamt nicht die Unterstützung mit Geldmitteln zu verweigern.

R. Rehböck, Kreisamtsführer.

„Fidelio“ im Walde. Während die Zoppoter Sportwoche die allgemeine Aufmerksamkeit in Anspruch nahm, ist unauffällig in der Stille des Waldes an dem großen Werke der „Fidelio“-Aufführung gearbeitet worden. Dr. Heinz Heß als musikalischer Leiter, Paul Stange als Dirigent der Männerchöre, Walter Schäfer als Leiter des Chores sind unermüdet bei der Arbeit, um ein künstlerisches Ereignis ersten Ranges auf die Szene zu stellen. Auch die Solisten sind bereits angetroffen und haben sich in den erforderlichen Vorproben verständigt. Außer den schon erwähnten Besetzungen mit Frieda Heider (Fidelio), Oskar (Vigaro), Braun (Rocco), Papadoff (Strostan) sind noch als Marceline Margarethe Dörp-Magdeburg, Frieda Staufert-Welmar als Jaquino, insbesondere aber der als Bassist in Danzig allgemein hochgeschätzte Paul Seebach in der Rolle des Ministers zu nennen.

**Aus den Gerichtssälen.**

**Hohe Ueberrichte von Polizeibeamten.** Zwei frühere Bürgerweilente hatten sich vor der Berufsgerichtskammer wegen gefährlicher Körperverletzung im Amt zu verantworten. Sie waren vom Schöffengericht zu 600 und 500 Mark Geldstrafe verurteilt worden und hatten Berufung eingelegt. Ein entlassener Hofverwalter wurde nach dem Einbruch angeklagt. Ein angeklagter aber friedlicher Bürger kam hinzu. Aus einem Hause kam ein Jurist und zwei Beamte glaubten, daß dieser Bürger dem Jurist getan hätte. Sie schlugen ihn mit einem Gummihäufel ins Gesicht, so daß er blutete. Während wurde er dann nach Hause gebracht und im Hause, in Gegenwart der Frau getötet, als er dem Beamten sagte, daß er ihn Mutig geschlagen habe. Der Geschlagene mit seiner Frau gingen dann nachts hinaus, um einen Arzt aufzusuchen. Sie trafen einen Nachtwächter der Polizei, der erklärte, die Frau solle nach Hause gehen, die Polizei werde den Mann nach dem Arzthaus bringen und verhaften lassen. Der Mann wurde nun aber nicht ins Arzthaus gebracht, sondern ins Polizeigebäude, von wo er jedoch bald wieder entlassen wurde. Unverbunden kam er dann nach Hause. Die Zeigenaufgaben betrafen die Vorgänge, nur die Person des Täters war unklar. Auch eine zweite ähnliche Person der Täterliste hatte sich als Täter in Frage. Auf den Hinweis des Vorstehenden, daß er kein Zeugnis verweigern könne, wenn er sich durch eine wahrheitsgemäße Aussage selber einer krassesten Verurteilung bezichtigen müßte, verweigerte er kein Zeugnis. Damit hatte die Sache eine andere Wendung bekommen und sie wurde vertagt, um nach einem weiteren Zeugen zu laffen.

**Ein hoffnungsloser Fall.** Ein Kaufmann Otto Jostus aus Tarnobrzeg bei seiner Frau 1 ein und fünf ihre Sachen im Werte von 1100 Mark, die er dann zu Geld machte, indem er sie für 70 Mark verkaufte. Die Mutter machte von diesem Diebstahl Anzeige und der Sohn hatte sich vor der Strafkammer zu verantworten. Er wurde zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

**Tischstuhl an der Weichseluferbahn.** Zwei Arbeiter, die auf der Weichseluferbahn in einem Schuppen arbeiteten, nahmen beim Nachhausegehen 10 Pfund Schmalz mit. Als sie angehalten wurden, erklärten sie, daß sie das Schmalz „gehoben“ hätten. Die Strafkammer verurteilte die beiden Personen wegen Diebstahls zu je 6 Monaten Gefängnis.

**Aus dem deutschen Osten.**

**Ist der Lohn aus Ueberstunden für den Steuerabzug abzugspflichtig?** Ueber den Steuerabzug vom Lohn herrscht im Allgemeinen noch Unklarheit. Im vergangenen Jahre wurde der Verdienst aus Ueberstunden beim Abzug nicht in Anrechnung gebracht. In diesem Jahre waren bestimmte Unterlagen nicht vorhanden. Das Landesfinanzamt in Königsberg gab zuerst auf Anfragen Auskunft, daß Verdienst aus Ueberstunden dem Steuerabzug unterliegt; neuerlich wird auf Anfragen Auskunft erteilt, daß das nicht der Fall sei. Der Verdienst aus Ueberstunden unterliegt dem Steuerabzug nicht. Diese Bestimmung gilt für das deutsche Gebiet des Finanzamtes bis zur anderweitigen Bekanntgabe.

**Verfassungen-Anzeiger**

**Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt.**

1. **Praktik** Am Donnerstag, den 21. Juli, abends 6 1/2 Uhr, in der Handels- und Gewerbeschule, an der großen Mühle, Bezirksversammlung, u. a. Vortrag des Gen. Sekr. Tangig im Vorkamp.

2. **Praktik** (Schidlich), Donnerstag, den 21. Juli, abends 7 Uhr bei Feppuhn, Schidlich, Barthäulerstraße, Bezirksversammlung, u. a. Vortrag des Gen. Weiglein über „Eine Reise nach Westindien“.

11. **Praktik** (Heubude), Freitag, den 22. Juli, abends 7 Uhr bei Schidlich, Bezirksversammlung, u. a. Vortrag des Gen. Frängel über die Steuerfrage.

18. **Praktik** (Lauenburg, Schidlich), Donnerstag, d. 21. Juli, abends 7 Uhr, im „Lauenburger Hof“, Lauenburg, Bezirksversammlung, u. a. Vortrag des Gen. Waffow.

**Sigung**, 2. Karten 1 Mk 100, am Donnerstag, den 21. Juli, abends 7 Uhr im Singlohn der Petrichule, am Gansplatz; wichtige Sitzung.

**Verein Arbeiterjugend, Danzig.**  
Genst, Donnerstag abends 6 1/2 Uhr, im Heim: zweite Sitzung der Generalversammlung. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das persönliche Erscheinen aller Mitglieder. — Morgen, Freitag: Mandolinabend.

**Verein der Schiffszimmerer.**  
Freitag, den 22. Juli, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Hofale Admiralität, Schichaustraße, Versammlung familiärer Schiffszimmerer (alle Organisationsrichtungen) der Schichau-Werft.

**Arbeiterjugendklub.**  
Die Ortsgruppenleitungen werden dringend ersucht, sofort das Monatsprogramm für August einzusenden und die Arbeiterjugend Nr. 7 abzugeben.

**Verein der Arbeiterjugend Danzigs.**  
Freitag, den 22. Juli, abends 6 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Schidlich, Schichaustraße 6.

**Kleine Nachrichten.**

**Kriegsgeschichtliche Funde** wurden dieser Tage bei der Anlage der neuen Oberflächmentierung in der Tangiger Straße, Ecke Eiertorke, in Zoppot gemacht. Man fand dort in Tiefe von 1 1/2 Meter unter dem Straßenpflaster drei Kanonenkugeln, zwei 12 Pfundige und eine 24 Pfundige. Vermutlich rühren sie von einer Schießung aus früherer Zeit her. In der Nähe lagen weiter die teilweise noch gut erhaltenen Stämme eines Knüppeldammes, der noch vor der Anlage einer Seitenstraße dort angelegt wurde, um Wasserlächer oder sumpfige Stellen des alten Reges Zoppot-Cüwa-Zoppot-Neustadt auszufüllen und die Straße auch für Fußmagen, Kanonen usw. passierbar zu machen. In Kriegsjahren in solchen waren solche schwierigen Begleiter natürlich besonders gefährlich und boten dem Gegner leicht zu beschädigende Angriffspunkte. Vielleicht rühren die Kanonenkugeln von einer verastigten Schießung her.

**Brand eines Torfbruches.** Das an der Chaussee Zempelburg-Danzig gelegene, über 1000 Morgen große Torfbruch steht seit acht Tagen in Brand. Bei der großen Dürre, die hier schon seit Wochen herrscht, breitet sich das Feuer mit rasender Geschwindigkeit aus. Die Zempelburger Feuerwehr und die männliche Bevölkerung im Alter von 16 bis 60 Jahren sind dauernd alarmiert und arbeiten Tag und Nacht, um den Brand zu löschen. Trotzdem ist bei dem herrschenden Sturm jede Arbeit vergeblich. Am Montag wurde durch den Bürgermeister Militär von Königsberg angefordert, das auch mit dem nächsten Zug eintraf. Mit vereinten Kräften gelang es nun, durch Ziehen von Gräben das Feuer zu begrenzen und dann den brennenden Torf zu löschen.

**Weitere Ausdehnung des Textilarbeiterstreiks in Polen.** Nach einer Mitteilung aus Warschau hat sich der Generalstreik der polnischen Textilarbeiter auch auf die Textilarbeiter von Tomaszow und Gienstokow ausgedehnt.

**Ein neuer Bergbauverfall im Rheinland.** In der Nähe von Siegburg wurde, wie jetzt amtlich bestätigt wird, ein 19-jähriges Mädchen auf dem Nachhausewege von vier Marokkanern überfallen und von zweien vergewaltigt. Das Mädchen befand sich in Begleitung eines jüngeren Arbeiters, der von den

marokkanischen Soldaten zu Boden geschlagen wurde und bewusstlos blieb. Die Ermittlungen nach den Tätern blieben erfolglos.

**Die Typhusfälle in Danzig.** Die Zahl der an Paratyphus Erkrankten ist auf 180 gestiegen. Bisher sind vier Personen der schrecklichen Seuche, die auf dem Genuß frischen Pferdeschlachtes zurückzuführen ist, erlegen.

**Der Zustand der Schiffer und Feiger auf den Rheinbuntern** greift weiter um sich. Seit Mittwoch vormittag hat das Personal der Niederrheinischen Reederei zu weitaus größtem Teile die Arbeit eingestellt und umgekehrt ist bereits vollständig lahmgelegt. — Die amerikanische Abteilung der internationalen Schiffahrtskommission hat am Rheinufer und an den Brücken mehrere Posten aufstellen lassen, um die durchfahrenden Schiffe in bezug auf die Tätigkeit der Maschinen und Feiger zu beobachten.

**Der Landarbeiterstreik im Kreis Greifswald** hat sich auch auf die Insel Rügen ausgebreitet, wo die Landarbeiter auf 21 Orten die Arbeit niedergelegt haben. Es sollen dem Streik keine Lohnforderungen zugrunde liegen, die Unzufriedenheit verlangen vielmehr die Wiedererrichtung des kommunistischen Kreisratstagesabgeordneten Rats.

**Standesamt vom 21. Juli 1921.**

**Loesestätte:** 1. d. Schlossers Franz Worezinski, 2 Tage. — Maurergeselle Paul Gebraak, 43 J. 5 M. — Hospitalküchen, Witwe Karoline Worschow geb. Mirwald, 75 J. 8 M. — Kaufmann Frau Smargowski, 62 J. 3 M. — Frau Auguste Kamaski geb. Haus, 67 J. 8 M. — S. d. Feuerwehrmanns Franz Wilschmestl, 10 J. 7 M. — Frau Anna Ragocki geb. Berend, 44 J. 7 M. — Arbeiterin Berta Korau, 63 J. 8 M. — Bäcker Arnold Groß, 41 J. 5 M. — Frau Anna Schulz geb. Horn, 59 J. 5 M. — Unehelich: 1 Z.

**Heutiger Devisenstand in Danzig.**

Polnische Mark: (Ausgl. 2,95)	4,15	am Vortage	4,10—15
Dollar:	76 1/2		75—76
Engl. Pfund:	275		—
Frank:	592		—
Schweiz. Franks:	1265		—

**BORG CIGARETTEN**  
für Qualitäts-Raucher

**Wasserstandsrichten am 21. Juli 1921.**

	gestern	heute		gestern	heute
Zawichost	+0,96	+0,87	Diebel	+0,18	-0,07
Worschau	+0,98	+0,87	Dirschau	+0,26	-0,14
Plod	+0,51	+0,52	Einlage	-2,28	+2,30
Thorn	+0,40	+0,37	Schlesenhof	-2,50	+2,38
Tordou	+0,28	+0,21	Schönau D. P.	+6,86	+6,66
Guim	+0,26	+0,18	Walgenberg D. P.	+4,54	+4,56
Orandenz	+0,38	+0,31	Neuhofersdorf	+2,04	+
Kurgbrod	+0,82	+0,73	Wolfsdorf	+	+
Montauerpföhe	+0,28	+0,18	Krawach	+	+

**Briefkasten.**

**G. Langhufe.** Wir raten Raminenselle beim Fachmann fassen zu lassen. Das Selbstfärben der Felle beansprucht Spezialkenntnisse, ohne die die Felle leicht verderben werden können.

Verantwortlich für Politik Dr. Wilhelm Wolze, für den Danziger Nachrichtenteil und die Unterhaltungsbeilage Fritz Wehe r, beide in Danzig; für die Inserate Bruno Gwertz in Oliva. Druck und Verlag von J. G. H. u. Co., Danzig.

**Metropol-**  
Lichtspiele  
Dominkswall 12.  
Die in der neuen Spielzeit als  
**Sport-Sensations-**  
Großfilme  
erscheinenden Werke  
des Weltmeisters  
**Harry Hill**  
gelangen bei uns zur Vorführung!  
Bereits heute läuft  
in Uraufführung:  
**Der Todesflieger!!**  
6 gewaltige Akte, in denen sich die Ereignisse überstürzen, eine Ueberraschung die andere jagt!  
Dazu  
**Der Gent von der Ferrystreet!!**  
Größte aus amerik. Gefilden in 6 Akten.  
Besuchen Sie bitte die 4-Uhr-Vorführung!

Wirkungsvolle  
**Plakate**  
in jeder Größe  
heiert in kürzester Frist  
**Danziger Volksstimme**  
Am Spendhaus 6

**Achtung!**  
Näunungshalber  
verkaufe ich  
zu billigen Preisen  
Spartanendraschiken  
Rati 60 Mk. nur 40 Mk.  
Kaffermesser ff. hoch nur  
25 Mk., 30 Mk., Stroh-  
riemen, Kafferaararate,  
Kaffertische, Scheren für  
Hausbedarf, Kaffertinzel,  
Haarpfängen, Haarneze,  
echte  
Gummifrisierkämmen.  
**Hugo Bröde,**  
Kupfdr. Graben 16.

**Bernstein**  
regalfrei, kauft  
**F. Schmidt,**  
Langebrücke an der  
Kranortstraße (4458)

Ein gut erhaltener  
**Kinder-Klappstuhl!**  
preisw. zu verk. A. Ernst,  
Kathäuler Str. 108 II. (†)

**Reichsbund der Kriegsbeschädigten,**  
Kriegsteilnehmer u. Kriegerhinterblieb.  
Danzig, Jospengasse 24, Telefon 2818.

Am Sonnabend, den 23. d. Mts., 8 Uhr abends  
findet unsere  
**Mitglieder-Versammlung**  
im Bildungsvereinshaus, Hintergasse 16, statt.  
Tagesordnung:  
1. Geschäftsbericht, 2. Kassenbericht, 3. Vortrag:  
„Die Auswirkung des Reichsversorgungsgesetzes 20“,  
Ref. Kam. Pfänder-Berlin, 4. Erloßwahl des  
Schriftführers, 5. Verschiedenes.  
Zahlreiches Erscheinen ist notwendig. Eintritt  
nur gegen Mitgliedsbuch oder Karte. 4799  
Der Vorstand. gez. Schibowski

Wir empfehlen folgende  
**Kosmos-Bücher**

Bücher, Die Abstammung des  
Menschen . . . . . 12.—  
— Der Stammbaum der Tiere . . . . . 5.20  
— Im Steinkohlenwald . . . . . 5.20  
— Der Mensch der Tertiarzeit . . . . . 5.20  
— Der Mensch der Pfahlbauzeit . . . . . 5.20  
— Festländer und Meere . . . . . 5.20  
— Tierwanderungen in der Urwelt . . . . . 5.20  
— Der Mensch der Zukunft . . . . . 5.20  
— Stammbaum der Insekten . . . . . 5.20  
— Eiszeit und Klimawechsel . . . . . 5.20  
— Der Sieg des Lebens . . . . . 5.20

**Buchhandlung Volkswacht**  
Am Spendhaus 6 und  
Paradiesgasse 32.

**Schwangeren-Zürsorge**  
Kostenlose Beratung  
für schwangere Frauen und Mädchen  
Sandgrube 9.15.  
Sprechzeit: Jeden Freitag von 5—7 Uhr nachm.  
u. besonders dringenden Fällen: wochentags  
von 4—5 Uhr nachmittags bei dem Frauenarzt  
Dr. Kononagki, Langfuhr, Hauptstraße 48, 2 Tr.  
Jugendamt. (3441)

**Julius Goldstein**  
Jankargasse 2-4 Lawendelgasse 4  
gegenüber der Markthalle

**Billigste Bezugsquelle**  
für Kurz-, Weiß- und Wollwaren, Herren- und  
Damen-Wäsche, Strickwolle, Trikotagen und Schürzen  
Spezial-Abteilung: Damen- und Kinderputz

**Wohnungstausch!**  
Tausche meine in der Brandgasse gelegene,  
aus 2 Zimmern, Küche (hell), gr. Flur, Keller,  
Boden bestehende trockene Wohnung gegen gleich  
große oder größere Wohnung auf der Recht-  
oder Altstadt. Offerten unter 111 an die Ex-  
pedition dieser Zeitung erbeten. (†)